(des Jesuitengesetzes) kein Unglück sehe, auch in der des § 1 nicht unbedingt eins sehen würde. Aber das alles kann doch niemanden darüber täuschen, daß der Protestantismus sich, zersplittert und schlecht organisiert wie er ist, gegenüber der Riesenmacht Roms auf der ganzen Linie in die Defensive gedrängt sieht, daß drüben eine Angriffsstimmung herrscht wie noch nie, und daß der Kampf dort mit Mitteln geführt wird, gegen die sich nicht sehr kräftig zu wehren unverzeihliche Schwäche wäre. Es ist doch so, daß die Unduldsamkeit der deutschen Katholiken einen schier unerträglichen Grad erreicht hat (s. den Fall Benzler), daß ein freimütiges Betonen protestantischer Ueberzeugungen z. B. einem preußischen Beamten so gut wie unmöglich gemacht ist, daß wir und was uns heilig ist, von drüben — das ist wirklich nicht zu viel gesagt — systematisch mit Schmutz beworfen werden, s. Canisius-Enzyklika, Denifles Buch und seine, trotz mancher Bedenken, im ganzen anerkennende Aufnahme in maßgebenden katholischen, auch wissenschaftlichen Blättern. . . Daß ein wesentlich politisch gerichtetes Blatt, wie die „Grenzboten", auch die politische Tragweite der Dinge vor allem berücksichtigt sehen will, ist ja sehr begreiflich; ganz so, wie daß die Reichsregierung, der das Zentrum als politische Macht gegenübersteht, es als solche behandelt. Jedoch auch der politische Standpunkt kann übertrieben werden. . . Es gibt doch auch noch andere Werte in der Welt als politische und wirtschaftliche Güter; wenn wirs nicht wüßten, die Ultramontanen lehrten es uns. Jene Güter gering zu schätzen, wird keinem Verständigen einfallen. Ich lehre meine Jungen jedes Jahr, wie wir aus dem Elend der Kleinstaaterei herausgekommen sind; und da ich die napoleonische Epoche besonders gründlich kenne, so können Sie sich wohl denken, daß ich voll Ueberzeugung und Wärme spreche. Aber das leugne ich nicht, daß mir um den Preis der Errungenschaften der Reformation jene Güter dennoch zu teuer erkauft scheinen. Im neuen Reiche Knechte Roms werden, das wollen wir nicht. . ."

*

Berlin, 28. Februar.

* **Der Kaiser** sprach heute nach dem üblichen Spaziergang im Tiergarten beim Reichskanzler vor und hörte später im Schlosse die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts und des Chefs des Admiral-Stabes der Marine.

* **Prinz Friedrich Leopold von Preußen** ist heute früh in Genua eingetroffen und hat sich sofort an Bord des Norddeutschen Lloyddampfers „Prinz Eitel Friedrich" begeben. Der Prinz und sein Gefolge werden während der Fahrt Ehrengäste des Norddeutschen Lloyd sein.

* **Zum neuen deutsch-österreichischen Handelsvertrag.** Am Dienstag erfolgte im Auswärtigen Amt durch die Staatssekretäre des Innern und des Auswärtigen Amtes und dem österreichisch-ungarischen Botschafter die Unterzeichnung einer Zusatzbestimmung zum neuen Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn, durch die der Termin für das Inkrafttreten dieses Vertrages vom 15. Februar 1906 auf den 1. März 1906 verlegt wird.

* **Das „praktische Jahr" der Mediziner.** Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Da einzelne Landesregierungen hinsichtlich der Gesuche um Dispensation vom praktischen Jahre der Kandidaten der Medizin milder verfahren, als andere, hat der Reichskanzler Verhandlungen mit den beteiligten Bundesregierungen eingeleitet. Binnen kurzem wird in allen Bundesstaaten eine vollkommen übereinstimmende Handhabung der Dispensvorschriften über das praktische Jahr eintreten. Wenn bisher den meisten Kandidaten das praktische Jahr ganz erlassen worden ist, so ist künftig eine so weitgehende Berücksichtigung nicht zu erwarten. Es soll zwar auch weiterhin mit ausreichender Milde verfahren, aber sorgfältig geprüft werden, ob für die Gesuchsteller nicht ein teilweiser Erlaß des praktischen Jahres hinreicht.

*

* **Im Ruhrrevier** scheint die Unzufriedenheit wieder im Wachsen zu sein. Nach dem „B. T." kommen von den Stinnesschen „Hasler Mulde" und „Friedlicher Nachbar" wieder lebhafte Klagen der Belegschaften. Starke Mißstimmung hat die Herabsetzung der Gedinge hervorgerufen. Die Belegschaften haben beschlossen, ihre Klagen den Reichs- und Landtagsabgeordneten gedruckt zuzustellen.

* **Hannover**, 27. Februar. Der Verband deutscher Schuhwarenhändler beschloß auf seinem Verbandstage, Maßregeln gegen die Schleuderpreise der Partiewarengeschäfte und Ramschbazare zu ergreifen, sowie eine einheitliche Verbandsmarke für Gummischuhe einzuführen. Eine offizielle Stellungnahme zu den geplanten Erhöhungen der Schutzpreise durch die Fabrikanten erfolgte nicht.

* **Gera**, 28. Februar. Der Landtag genehmigte zur Unterstützung der Landwirtschaft pro Jahr 10 000 ℳ. Ferner genehmigte der Landtag die Erhöhung der Gehalte der staatlichen Straßenwärter im Fürstentum, so daß sie mit 750 ℳ Anfangsgehalt beginnen und ca. 1000 ℳ Endgehalt erhalten. Die Wiedereinstellung einer weiblichen Hülfskraft für die Gewerbeinspektion lehnte der Landtag als unnötig ab.

* **München**, 27. Februar. Das Kultusministerium hat angeordnet, daß die Ortsschulbehörden der Distriktsschulbehörde und der Distriktsverwaltungsbehörde (Bezirksamt, Stadtmagistrat) Anzeige zu machen haben, wenn in einer durch Kinder einer anderen Konfession bisher nicht besuchten Konfessionsschule solche Kinder aufgenommen werden. Zweck der Anordnung ist die Sicherstellung des Religionsunterrichts der konfessionellen Minderheit.

Flotte.

* **Kollision des Kreuzers „Amazone".** Ein vom Chef der aktiven Schlachtflotte Admiral von Kester über die Küstensignalstation Arkona aufgegebenes Telegramm meldet, daß bei den Kreuzerübungen in der Nacht zum Dienstag das Torpedoboot D 6 mit dem kleinen Kreuzer „Amazone" zusammengestoßen ist. Von der Besatzung ist niemand verunglückt. D 6 wird nach Kiel geschleppt, um sogleich in ein Dock der Kaiserlichen Werft gehalt zu werden.

* **Schiffsbewegungen.** S. M. J. „Hohenzollern" ist am 27. Februar in Lissabon eingetroffen und setzt am 2. März die Reise nach Genua fort. S. M. Tpddbt. „Sleipner" ist am 27. Februar wegen schlechten Wetters nach Plymouth zurückgekehrt. Der Ablösungstransport für S. M. S. „Condor" ist mit dem Reichspostdampfer „Sardilt" am 27. Februar in Southampton eingetroffen und hat am selben Tage die Reise nach Genua fortgesetzt. Die Aufklärungsschiffe der aktiven Schlachtflotte sind am 27. Februar zur Uebungsreise von Kiel in See gegangen. S. M. S. „Undine" ist am 27. Februar von Kiel nach Gjenner gegangen. Poststation bis 3. März Gjenner, sodann Kiel.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Nicht opportun und rein persönlich.** Nach einer parlamentarischen Depesche war von den Parteien des Herrenhauses, nämlich der Verfassungspartei, der Mittelpartei und der Rechten ursprünglich beabsichtigt, daß bei der Verhandlung des Rekrutengesetzes je ein Redner jeder Partei zur schwebenden Armeefrage spreche und gegenüber den Forderungen der ungarischen Opposition Stellung nehme. Von dieser Absicht seien jedoch sämtliche drei Parteien abgekommen, nachdem seitens des Generalstabschefs Baron Beck, der der Mittelpartei des Herrenhauses angehört, sowie seitens der gemeinsamen Regierung darauf hingewiesen wurde, daß durch eine derartige Aktion des Herrenhauses die Entwirrung der Situation in Ungarn erschwert werden könnte. Demgemäß habe der verfassungstreue Fürst Karl Auersperg, der die Einwirkung der Entwicklung der ungarischen Verhältnisse auf den Dualismus und die gemeinsame Armee erörterte, nur für seine Person gesprochen.

Frankreich.

* **Die Arbeiten der Deputiertenkammer.** Nach einem Pariser Telegramm beendete die Kammer in der gestrigen Vormittagssitzung die Beratung des Budgets des Finanzministeriums und ging zum Heeresetat über. Herr Doumer teilte mit, daß die zu diesem Etat vorliegenden Interpellationen nach einer zwischen den Fragestellern und der Regierung getroffenen Uebereinkunft vertagt sind, um die Beratung des Etats nicht aufzuhalten. Herr Guyot de Villeneuve erklärt, er habe die Absicht gehabt, über die Genugtuungen zu interpellieren, die den unter dem vorigen Kabinett benachteiligten Offizieren zu gewähren seien; doch bestehe er nicht auf sofortige Besprechung. Herr Berteaux erwiderte, er entspreche allen Forderungen, die ihm gerecht erschienen. — Unter diesen Umständen ist, wie eine Depesche der „Frkf. Ztg." hinzufügt, zu erwarten, daß die Budgetdebatte am nächsten Sonnabend abgeschlossen werden wird. Die Kammer wird alsdann eine Ruhepause von einer Woche eintreten lassen und sich am 13. März wieder vereinigen, um das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit in endgültiger Form anzunehmen. Am Donnerstag, den 16. März, beginnt alsdann die Generaldiskussion zu der Gesetzvorlage über Trennung von Staat und Kirche. Die Kammerkommission für die Arbeiterschutzgesetzgebung hat auf den Vorschlag Millerands sich damit einverstanden erklärt, daß das Altersversicherungsgesetz der Arbeiter hinter die Separationsvorlage zurückgestellt wird.

Italien.

* **In der Wirrnis der Eisenbahnerobstruktion.** Nach einer römischen Depesche der „Frkf. Ztg." fordert Ferri im „Avanti" die Kammerkommission, der die Eisenbahnvorlage überwiesen worden ist, auf, den Frieden herzustellen, indem sie aus der Vorlage den Artikel über das Ausstandsverbot streicht, damit die Angelegenheit durch ein besonderes Gesetz später geregelt wird. Der Republikaner Pantano ersucht im „Giornale Sicilia" die Eisenbahner, im Interesse des Landes die Obstruktion einzustellen. In Rom haben nach dem „B. T." 31 Personen- und Schnellzüge den Verkehr eingestellt, ebenso alle Züge ab Neapel, mit Ausnahme von vier Zügen. Seit gestern früh ist der Güterverkehr vollständig suspendiert. Aus Mailand meldet die „Voss. Ztg.": Gegen Mitternacht erfolgte auf der Station Rogoredo, vier Kilometer von Mailand, ein Zusammenstoß zwischen dem aus Genua kommenden Luxuszug und einem Lastzug, glücklicherweise ohne irgendwelche Verletzung des Personals und der Passagiere. Die Lokomotive des Luxuszuges wurde umgeworfen und drei Wagen des Güterzuges zertrümmert. Der Materialschaden wird auf eine Viertelmillion geschätzt. Der Stationschef hat die Flucht ergriffen.

Schweiz.

* **Handelsvertrag und Schiffbarmachung des Rheins.** Anläßlich der deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen hat zwischen der deutschen und der Schweizer Regierung ein Meinungsaustausch über die Schiffbarmachung des Rheins von Basel bis Straßburg stattgefunden. Zwischen den beiden Staaten ist eine Konferenz hierfür in Aussicht genommen.

* **Schweizerisch-russische Diplomatie.** Wie dem „H. Corr." aus Bern geschrieben wird, machen die unliebsamen Vorgänge, die sich zwischen Rußland und der Schweiz abspielen, notwendig, daß die Schweiz auch in St. Petersburg eine Gesandtschaft errichtet, um ihr Gelegenheit zu geben, beim Zaren die vielfach unrichtigen Ansichten und Auffassungen, die über die schweizerischen staatsrechtlichen Besonderheiten und Verhältnisse kursieren, korrigieren zu können. Die gegenwärtigen Beziehungen beider Staaten sind so unerfreulich, daß der Zustand nicht lange andauern kann. Man darf wohl behaupten, daß die Abberufung der schweizerischen Militärattachierung vom russisch-japanischen Kriegsschauplatz nicht möglich gewesen wäre, wenn die Schweiz in Petersburg eine diplomatische Vertretung besessen hätte, die Gelegenheit gefunden haben würde, schiefe Auffassungen zu berichtigen. Und auch die Beschwerden, die der russische Gesandte von Jaworsky dem Bundesrat jetzt eingereicht hat, würden nicht erhoben worden sein. Nirgends in der Welt wird man es als eine Unfreundlichkeit auffassen, wenn Unglückliche eines Staates durch freiwillige Spenden aus anderen Staaten unterstützt werden, nachdem der oberste Magistrat des Landes selbst mit dem Beispiel der Hülfsbereitschaft persönlich vorangegangen. Die Schweiz hat jetzt schon Gesandtschaften in Berlin, Paris, Rom, Wien, London, Washington und Generalkonsulate in Buenos Aires und Yokohama und mit Ausnahme der Türkei in allen europäischen Staaten Konsulate, jedoch keine Berufskonsuln. Da eine Gesandtschaft jährlich 60 000 bis 80 000 Frcs. kostet, würde sich die Errichtung einer Gesandtschaft in Petersburg wohl lohnen.

Großbritannien.

* **Eine Nachwahl in Westmoreland.** Durch die Mandatsniederlegung des Abgeordneten Rigg, des liberalen Parlamentsvertreters von Westmoreland (Wahldistrikt Appleby), ist eine Neuwahl nötig geworden, die am kommenden Donnerstag stattfindet. Der liberale Ersatzkandidat ist Mr. Lief Jones, der konservative Major Noble. Rigg hatte 1900 den bisher konservativ vertretenen Wahlkreis mit einer Majorität von 579 Stimmen für die Liberalen erobert, während der letztverhergehende Konservative noch 873 Stimmen Mehrheit gehabt hatte. Der Wahlkampf in North Westmoreland ist daher jetzt ein sehr erbitterter.

Skandinavien.

* **August Strindberg über die Konsulatsfrage.** Nachdem die Björnson und Nansen gesprochen haben, beteiligt sich auch Strindberg an der Debatte und redet, trotzdem er Schwede ist, der einfachen Auflösung der Union das Wort. Er schreibt in der dänischen Zeitung „Nationaltidende": „Meine Meinung über die Unionsfrage ist die, daß Norwegen seine eigenen Konsuln haben muß, damit auch wir unsere eigenen haben. Zwei Nationen von so verschiedener Entwicklung, Sitte, Temperament und Natur können sich im Auslande nicht von gemeinschaftlichen Konsuln vertreten lassen. Zwei Völker, die zehn Jahre gegeneinander gerüstet und sich mit Krieg bedroht haben, sollen loyale Feinde, aber nicht falsche Freunde sein. Brudervölker sind wir, gleich alt, vielleicht Zwillinge; denn wir begannen beide in der Sagenzeit; gleichmäßig geschwächt als Nationen, gleich ungefährlich für die Fremden, jetzt gleichmäßig gefährlich füreinander. Die Freiheit lieben wir beide, deswegen soll nicht der eine des andern Herr sein, denn dann herrscht ständig Unfrieden. Das ist keine Gleichstellung, daß Norwegen von Stockholm aus per Telephon wie ein Hilfsgesandter regiert wird; es ist keine Gleichstellung, daß die norwegischen Staatsräte nicht zu Hause in ihrem Lande wohnen und mit ihrer Regierung und ihren Storthingsabgeordneten zusammen arbeiten können, sondern wie Gesandte in einem fremden Lande zu leben gezwungen sind. Es ist keine Gleichstellung, daß Norwegens Minister des Auswärtigen immer ein schwedischer Mann, ein Angehöriger der schwedischen Nation ist, die mit uns augenblicklich nicht freundschaftlich gesinnt sein kann. Es ist besonders keine Gleichstellung, wenn das norwegische Volk nach Abschluß der Verhandlungen den schwedischen Reichstag über seine nähere Zukunft entscheiden lassen soll. Das ist schwedische Einmischung in Angelegenheiten des Brudervolkes; die schwedische Nation würde niemals einen Teil seiner Zukunft dem norwegischen Storthing überlassen. Laßt uns von einander scheiden! Begraben wir alle alten Streitigkeiten: den Kieler Vertrag, Edsvoldt, Moß, den Flaggenstreit, dieses ganze Knäuel, das durch irrationelle Diplomatenpolitik und Dynastieinteressen im vorigen Jahrhunderte in Unordnung gebracht worden ist, und das jetzt nur durch gut gesinnte Agitatoren wieder in Ordnung gebracht werden kann. Laßt uns von einander gehen zu einer Zeit, wo wir einander wiederfinden und, wenn wir die Bitterkeit vergessen haben, von neuem Freunde werden können. Denn Freundschaft kann ja nur zwischen freien Menschen bestehen, während ein Subordinationsverhältnis zwischen Brüdern nur Bruderhaß erzeugt. Unionsauflösung daher, für Norwegens und Schwedens Wohl!"

Die Parlamentsberichte siehe Seite 6 und 7.

Vom Hilfsverein der deutschen Juden.

Der Hülfsverein der deutschen Juden hielt am Sonntag, 26. Februar, in Berlin seine Generalversammlung ab. Wir erhalten darüber folgenden Bericht: Herr James Simon, der Vorsitzende, konnte feststellen, daß der Hülfsverein auch im abgelaufenen Jahre erhebliche Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der Mitglieder ist um rund 3000 gewachsen und dementsprechend sind die Einnahmen gestiegen, so daß am 31. Dezember 1904 — einschließlich der Frau Baronin Cohn-Oppenheim-Stiftung — der Verein ein Vermögen von 688 000 ℳ hatte — eine erhebliche Summe nach dreijährigem Bestehen und doch wenig gegenüber den ungeheuren Anforderungen, die namentlich durch die Lage in Rußland noch auf lange hinaus gestellt werden. Herr Dr. Paul Nathan, der Geschäftsführer im Ehrenamte, legte im einzelnen in seinem Referate dar, in welch mannigfacher Weise sich der Hülfsverein auf seinem speziellen Arbeitsgebiete, d. i. der Förderung der sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung der Glaubensgenossen insbesondere im östlichen Europa und in Asien betätigt hat. Der Hülfsverein hat Kindergärten und Schulen in der europäischen und asiatischen Türkei, in Bulgarien und Rumänien ins Leben gerufen oder den Ausbau bestehender Unterrichtsanstalten herbeigeführt, und er hat vor allem ein Lehrerseminar in Jerusalem geschaffen, um dem Lehrermangel im ganzen Orient abzuhelfen. Der Hülfsverein sucht seine Aufgabe im besonderen auch darin, für deutschen Unterricht in jenen Gemeinden zu sorgen, wo die Gemeindemitglieder für das spätere Fortkommen ihrer Kinder einen solchen Unterricht für erforderlich erachten.

In Galizien sucht der Hülfsverein der jüdischen Masse durch Einführung neuer Industrien Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Sein Hauptinteresse hat er im vergangenen Jahre aber der Linderung der wirtschaftlichen Not in Rußland zuwenden müssen.

Er war ferner mit Erfolg bemüht, die Auswanderung aus den östlichen Ländern in geregelte Bahnen zu lenken, indem er Komitees an den Grenzen zur Erteilung von Reiseinformationen und Gewährung von Rechtsschutz — gegen Ausbeutungen aller Art — in Deutschland organisierte und gemeinsam mit den Logen ein Zentralbureau für jüdische Auswanderungsangelegenheiten in Berlin ins Leben rief, das als dauernde Vermittlungsstelle zwischen den Auswanderungs- und Einwanderungsländern dienen und dem Strom der Auswanderung, die nicht aufzuhalten ist, regulieren soll.

Die Generalversammlung gab durch lebhaften Beifall ihrer Befriedigung über die vielseitige humanitäre

Feuilleton.

Eine Unterredung mit Tolstoi.

Ueber die gegenwärtige Krisis in Rußland hatte ein nach Moskau entsandter Berichterstatter des Pariser „Matin", eine Unterredung mit Tolstoi. Der Journalist war eigens nach Jasnaja Poljana gefahren, um die Ansicht des greisen Philosophen über die revolutionäre Bewegung, die das alte Rußland in seinen Grundfesten erschüttert, zu vernehmen. Tolstoi empfing seinen Gast mit einem spöttischen Lächeln auf den Lippen: „Was!" sagte er, „der „Matin" schickt Sie so weit, um die Meinung eines alten Einsiedlers kennen zu lernen? . . . Nun, ich will Ihnen diese Meinung sagen: sie hat sich nie geändert. Sehen Sie, ich bin nie Anhänger einer Partei gewesen und glaube, daß ich es während der wenigen Tage, die mir noch zu leben übrig bleiben, nie sein werde. Ich bin weder mit der Autokratie, noch mit der Revolution, denn beide sind Parteien der Gewalttätigkeit und widern mich deshalb beide an. Es ist ebenso entsetzlich und ebenso abscheulich, Soldaten zu sehen, die auf wehrlose Leute schießen, wie einen Mann, der eine Bombe unter einen Wagen wirft . . . Ich bin ein christlicher Anarchist und hasse gerade deshalb in gleicher Weise die Autokratie und den Sozialismus, denn das sind zwei Regierungen, von denen die eine genau so despotisch ist wie die andere. Die Republik unterscheidet sich gar nicht vom Kaiserreich, da sie gleichfalls Armeen, eine Polizei, Angeber und Spione besitzt. Die Republik führt Krieg wie das Kaiserreich. Sie führt ihn in Afrika, in Asien, wie das Kaiserreich ihn in der Mandschurei führt. Und sie schlachtet gleichfalls Völker hin, die von ihren „Wohltaten" nichts wissen wollen . . . Man hat mich als eine Stütze der russischen Behörden hingestellt: aber ich verabscheue sie nicht nur, sondern verwünsche sie von ganzer Seele. Es gibt viele Republikaner, die nur verkleidete Autokraten sind."

Auf die Frage, was er von den von dem russischen Volke geforderten Reformen halte, erwiderte Tolstoi, indem er wieder malitiös lächelte: „Ich will Ihnen einmal etwas erzählen: Mein Bruder Nikolaus machte mich eines Tages auf etwas aufmerksam, was mir seit im Gedächtnis geblieben ist: es ist die gewohnheitsmäßige Uebertreibung, die den Menschen eigen ist, wenn sie von Zahlen sprechen. Jeden Augenblick können Sie hören, wie jemand sagt, daß er hunderttausend Gründe habe, etwas zu tun, während er doch nur zwei Gründe hat. Ebenso wird er Ihnen erklären, daß er wohl fünfzigmal an dem und dem Orte gewesen ist, während er höchstens viermal dort war . . . Nun, sehen Sie, hier ist das ebenso. Die drei- oder viermal zehntausend Menschen, die Reformen haben wollen, sind nicht das russische Volk: sie sind nur ein kaum merkliches Teilchen desselben. Man darf nicht vergessen, daß das russische Volk 130 Millionen Bauern umfaßt, die sich sehr wenig um den Zehnstunden- oder Achtstundentag, um Pensionskassen und genossenschaftliche Forderungen kümmern. Man muß sich vor Augen halten, daß es hier eine aus Millionen Individuen bestehende ungeheure Volksklasse gibt, die den Boden bearbeitet, die sich abmüht und duldet, und die nur einen Wunsch hat: daß dieser Boden, die Quelle ihrer Mühen und ihrer Entbehrungen, ihr gehören möge. Jawohl, der Bauer hat nur eines im Auge: daß der Boden nicht ein Schacher-, ein Kaufs- und Verkaufsgegenstand werde; daß er nicht dem Staate gehören, sondern unbedingtes und gemeinsames Eigentum der Männer werden möge, die im Schweiße ihres Angesichts und unter Kraftverbrauch arbeiten, um ihn fruchtbar zu machen . . . Das russische Volk denkt gegenwärtig gar nicht daran, eine Revolution zu machen. Uebrigens waren Revolutionen nur am Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts möglich. Die Regierungen verfügen gegenwärtig über so viel Abwehrmittel, daß es gar nicht möglich ist, sie auf gewaltsame Weise zu stürzen. Schauen Sie, man hat ja auch in den großen Städten die Pflastersteine durch Asphalt ersetzt; wie wollen Sie also Barrikaden errichten? . . . Das einzige Mittel, Regierungen zu verjagen, besteht darin, daß man sich weigert, an den Verbrechen, die sie begehen, teilzunehmen, und oft bestehen die Regierungen nur durch ihre Verbrechen . . . Möglich ist allenfalls eine Palastrevolution! . . . Ich sehe gegenwärtig Papiere durch, die auf die russische Verschwörung von 1825 Bezug haben, und das ist für mich eine eigenartige Belehrung, denn ich wußte das alles nicht. Die Verschworenen hatten beschlossen, alle Mitglieder der kaiserlichen Familie zu verbannen, mit Ausnahme des Großfürsten-Thronfolgers, den sie behalten wollten, um ihn zu zwingen, die Regierungsform, die sie einführen wollten, anzunehmen. Wenn ich es recht bedenke, glaube ich, daß das noch die einzige Revolution ist, die auch in unseren Tagen gelingen könnte. Aber Sie können sicher sein, daß man gerade diese Revolution nicht machen will."

Tolstoi erklärte schließlich, daß er nach den Ereignissen der letzten Wochen gewisse Reformen für unvermeidlich halte, und daß die Regierung noch vor Ablauf des Jahres genötigt sein werde, diese Reformen einzuführen. Es wäre vielleicht noch alles gut zu machen, wenn der Haß zwischen den beiden Parteien, die sich feindlich gegenüberstehen, nicht einen so hohen Grad erreicht hätte. Er kenne ein Buch, dessen Lehren das Glück aller machen könnten, und dieses Buch sei das Evangelium, das beste der sozialistischen Werke. Er sprach dann in längst bekannter Weise von seinem Ideal eines kommunistischen Gemeinwesens auf christlicher Grundlage und erzählte von einer solchen Gemeinschaft, die vor einigen Monaten im Kaukasus, im Gouvernement Kutais, gegründet worden sei; in diesem Gemeinwesen habe die Lehre von der Besitzgleichheit und von der Gütergemeinschaft schon jetzt die günstigsten Resultate ergeben. Von dem, was gegenwärtig in Rußland vorgehe, hat Tolstoi nur sehr unklare Begriffe; er weiß nicht einmal genau, warum Gorki verhaftet worden ist. Er gibt selbst zu, daß er schon seit sechs Monaten keine Zeitung gelesen habe; er werde, da er vor seinem Tode noch viel zu tun habe, bald auch aufhören müssen, seine umfangreiche Korrespondenz zu lesen, um sich noch mehr seiner Arbeit widmen zu können.

Gegenwärtig schreibt er einen langen Artikel über den Krieg und die Regierung; dann will er eine ganze Reihe von Erzählungen veröffentlichen. Als der Vertreter des „Matin" gegen Mitternacht von Jasnaja Poljana abreisen mußte, setzte sich Fräulein Tolstoi, als Muschik gekleidet, auf einen Bauernschlitten und brachte den Journalisten zum Bahnhof.

C. R.

Theater.

F. A. G. **Die Uraufführung des dramatischen Gedichts „Ovid" von Julius Roth in Dresden** hatte am Montag nur einen geringen Erfolg und war leider nicht geeignet, das Vorurteil zu zerstreuen, das man nun einmal gegen versifizierte Römerdramen verzeitlicher Dichter hat. Julius Roth, ein Berliner Journalist, führt uns den römischen Dichter Ovid nicht eben vorteilhaft vor Augen. Nach dem unwirtlichen Mösien vom Kaiser Augustus verbannt, verzehrt sich der Dichter in Sehnsucht nach Rom, lernt ein hübsches Barbarenmädchen kennen, zu dessen Hochzeit die einfachen Leutchen von dem berühmten Fremdling ein Hochzeitsstarmen erbitten. Ovid sieht die schöne Mädchen kaum, da ist er auch schon in sie verliebt und er findet rasch genug Gegenliebe. Da erscheint just zur ungelegensten Stunde Ovids Gattin Fabia, die dem Gemahl in die Verbannung gefolgt ist und nun von ihm Dank und Huldigung für ihr Opfer erwartet. Ovid aber liebt sie nicht mehr, trennt sich von ihr und beschließt, in diesem unwirtlichen Lande um Medos willen zu bleiben und ein Sohn des Volkes zu werden. Aber er erfährt, daß der betrogene Brautigam Medos das Mädchen in der ersten Wut getötet hat; und da bricht auch er zusammen und gibt sich durch Gift den Tod. Diese Handlung ist zu spärlich, als daß sie für fünf Akte ausreichen könnte, zumal da sich ein großer Teil von ihr auch noch zwischen den Akten abspielt und auf der Bühne nur erzählt wird. Ueberhaupt wird in dem Stücke zu viel geredet und zu wenig gehandelt, man ermüdet durch die langatmigen Deklamationen und kann sich für keine der handelnden Personen erwärmen, am allerwenigsten für Ovid selbst, der sich so ungeschickt und schwerfällig benimmt, daß man in ihm keinesfalls den Dichter der berühmten ars amatoria erkennen kann. Es ist möglich, daß man beim Lesen des Stückes manche feine Stelle herausfindet, aber für die Bühne ist das Werk so gut wie ungeeignet. Der Beifall, den „Ovid" fand und der es dem Dichter ermöglichte, einigemale an der Rampe zu erscheinen, galt wohl mehr den Darstellern des königlichen Schauspielhauses und war auch nicht unverdient. Die Damen Basté und Sorda, sowie die Herren Winds, Everth, Grenz, Huff taten ihr Möglichstes für das Stück, dessen Titelrolle mit Herrn Decarli nicht besonders günstig besetzt war.

△ **Ein fünfaktiges Lustspiel „Die neue Aera"** wurde von der Direktion des Hamburger Stadttheaters für die Aufführung erworben. Verfasser ist der in Berlin wohnende Schriftsteller und Rezitator Hermann Riotte, ein Deutsch-Amerikaner, der in früheren Jahren Direktor der Autorengenossenschaft in Leipzig war und mit seinem Drama „Königsmark" auf einer Reihe von Bühnen guten Erfolg hatte.

| **Halbes „Strom"** erzielte am Montag im deutschen Theater in London einen durchschlagenden Erfolg.

Literatur.

△ **Die Großnichte des Dichters Wieland.** In einer Wiener Gerichtsverhandlung war jüngst die 50jährige Wäscherin Luise von Wieland, die des Diebstahls zweier Taschentücher angeklagt war, als eine Großnichte des Dichters Wieland bezeichnet worden. Zu diesem Prozeß schreibt nun ein Nachkomme Wielands, der kaiserliche Oberlandesgerichtsrat Dr. jur. Karl Beuer aus Kolmar im Elsaß, dem „Berliner Tagebl." folgenden interessanten Brief: „Die Wäscherin Luise von Wieland wurde als Großnichte Wielands bezeichnet; das entbehrt, wie ich auf Grund der in meinem Besitz befindlichen Familienpapiere und Urkunden, insbesondere der Auszüge aus den Kirchenbüchern und Archiven der Stadt Biberach an der Riß (Württemberg) nachzuweisen im stande bin — jeder tatsächlichen Begründung. Der Vater des Dichters Wieland, der Oberpfarrer und Senior des evangelischen Ministeriums der damaligen freien deutschen Reichsstadt Biberach an der Riß, Magister Thomas Adam Wieland, der am 3. Januar 1704 zu Oberholzheim geboren wurde, war mit Regina Katharina geb. Kick, die am 1. Juli 1715 in der Ehe des Majors im markgräflich Baden-Badenschen Kreisregiment „Erbprinz" Johann Christoph Kick und dessen Ehefrau Christina geb. Rauch, einer geborenen Bildhauerin, geboren wurde, verheiratet. Aus dieser Ehe von Thomas Adam Wieland und Frau Regina Hallarden geb. Kick entsprossen fünf Kinder, nämlich: 1) Johann Gottlieb Wieland, der schon als Kind starb, 2) Christoph Martin Wieland, der Dichter, der am 5. September 1733 zu Oberholzheim, einem zum Gebiet der Reichsstadt Biberach an der Riß gehörigen Dorf, geboren wurde und am 20. Januar 1813 zu Weimar starb, 3) Justin Sebastian Wieland, der in den Jahren der Kindheit starb, 4) Thomas Adam Wieland, der am 13. Dezember 1735 zu Biberach an der Riß geboren wurde und dort am 8. Mai 1764 starb. Er hatte sich 1759 mit Marie Katharina geb. Angelin, der Tochter des Kunstglasmalers Johann Jakob Angelin zu Biberach an der Riß, verheiratet, diese Ehe blieb kinderlos. Thomas Adam Wieland, der als Kupferstecher sich auszeichnete, starb nach noch nicht sechsjähriger Ehe kinderlos zu Biberach. Von Jugend an war er kränklich gewesen. 5) Marie Justine Regina Wieland, die als Kind starb. Hieraus ergibt sich, daß der Dichter Wieland Neffen und Nichten gar nicht gehabt hat, da von seinen Geschwistern die unter 1), 3) und 5) genannten schon in den Jahren der Kindheit starben, und der unter 4) genannte Thomas Adam Wieland — der Kupferstecher — aus seiner Ehe Kinder nicht hinterließ. Da es Familien des gleichen Namens Wieland in Bayern und in Baden gibt, so ist es nicht ausgeschlossen, daß ein Angehöriger dieser Familien, die mit der Biberacher Familie Wieland in keinem Verwandtschaftsverhältnis stehen, der Vorfahre der zu Wien, Bezirk Favoriten, lebenden Luise v. Wieland ist. Hieraus läßt auch ihr Adelsstand schließen. Die Biberacher Familie Wieland war und blieb bürgerlich. Zwar wurde dem Dichter Christoph Martin Wieland von seinem ehemaligen Zögling, dem Herzog Karl August von Sachsen-Weimar, der Adel angeboten; er schlug ihn jedoch aus. Der Kupferstecher Thomas Adam Wieland ist niemals in eine Lage gekommen, daß ihm der Adel angeboten worden wäre. Gerade der Umstand, daß Luise v. Wieland dem Adel angebiet, beweist ihre Nichtzugehörigkeit zu der Familie des Dichters Wieland, der ich durch meine — am 6. Dezember 1900 verstorbene — Mutter Frau Karoline Beuer geb. Wieland, zu Weimar angehöre. Sie war das einzige überlebende Kind des dritten Sohnes des Dichters Wieland, des am 9. Juni 1856 zu Weimar verstorbenen großherzoglich sächsischen Rechnungsrats Karl Friedrich Wieland und hatte sich am 14. April 1842 mit dem am 19. März 1878 verstorbenen großherzoglich sächsischen Stabsauditeur Robert Beuer vermählt. In dieser Ehe der Enkelin des Dichters Wieland, Karoline geborenen Wieland, mit Stabsauditeur Robert Beuer bin ich am 9. November 1843 geboren, mithin von mütterlicher Seite der Urenkel des Dichters Wieland."

△ **Eine Bücherauktion,** auf der diese Mari[illegible] zur Versteigerung gelangen, findet in den Tagen vom 28. Februar bis 4. März durch die Berliner Buchhandlung G. Salomon [illegible] statt. [illegible] Werke [illegible] Erstausgaben [illegible] Gedichte, Gesangbücher [illegible] Kupferstiche [illegible] Handschriften [illegible] Autographen [illegible] Bibliothek [illegible] Schebek berühmtestes Musikerwerk [illegible] 15. Jahrhundert [illegible]